

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.; in Oesterreich 4,48 K.
Abgabe B ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,20 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

**Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit**

Inserate werden die Spaltenzahl Zeilen und deren Raum mit 20 J. Reklamen mit 60 J. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechendem Rabatt.

Verlagsdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1366
Für Rückgabe unbenutzt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit
Redaktions-Sprechstunde: 11 bis 12 Uhr.

Deutschland und der nächste Krieg.

Nicht ein Zukunftsroman, sondern ernst zu nehmende Generale sind es, die heute diese bedeutungsvolle Frage behandeln. Jetzt hat gar einer unserer tüchtigsten Generale zur Feder gegriffen; es ist der General der Kavallerie a. D. Friedrich v. Bernhardt, der seine Ruhestunden benützt, um das deutsche Volk auf die militärpolitische Lage hinzuweisen. Demnächst wird der Cotta'sche Verlag das Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ der Öffentlichkeit übergeben, in welchem er die politischen und militärischen Perspektiven des nächsten deutschen Zukunftskrieges behandelt. Das Entgegenkommen des Verlages ermöglicht es uns, jetzt schon folgende Betrachtung des interessanten Werkes über die politische Vorbereitung dieses Krieges zu veröffentlichen:

Solange wir früher nur mit der Möglichkeit eines Krieges mit doppelter Front gegen Frankreich und Rußland, dagegen mit der Teilnahme aller Dreibundstaaten an diesem Kriege zu rechnen hatten, lag die Sache verhältnismäßig einfach. Gewiß waren auch damals eine Reihe verschiedener strategischer Möglichkeiten gegeben, immer aber beschränkte sich die Aufgabe auf die verhältnismäßig einfache Formel: strategischer Angriff auf der einen, strategische Defensiv auf der anderen Seite, oder unter Berücksichtigung der österreichischen Armee: Offensive auf beiden Seiten. Heute liegen die Dinge anders. Wir müssen neben Frankreich und Rußland auch England berücksichtigen und nicht nur mit einem Angriff zur See auf unsere Nordseeküste rechnen, sondern auch auf eine Landung englischer Streitkräfte auf dem europäischen Festlande und auf eine Verletzung der belgisch-holländischen Neutralität durch unsere Gegner gefaßt sein. Auch ist wenigstens nicht ausgeschlossen, daß England Truppen in Schleswig oder Jütland ans Land setzt und Dänemark zum Kampfe gegen uns zu zwingen sucht. Es erscheint ferner durchaus fraglich, ob Oesterreich in der Lage sein wird, uns mit seiner ganzen Heeresmacht zu unterstützen, oder ob es nicht vielmehr gezwungen sein wird, an seiner Süd- und Südostgrenze seine eigenen Interessen militärisch wahrzunehmen. Auch ein Angriff Frankreichs durch die Schweiz gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn sich eine völlige Umgestaltung der europäischen Staatengruppierung vollzöge. Endlich würden wir uns auch in der Ostsee schwer bedroht sehen, wenn Rußland Zeit gewinnt, seine Flotte auszubauen.

Alle diese ungünstigen Verhältnisse werden allerdings wahrscheinlich nicht gleichzeitig eintreten; sie werden aber alle unter gewissen im Bereiche der Möglichkeit liegenden politischen Kombinationen mehr oder weniger wahrscheinlich und müssen daher auch militärisch berücksichtigt werden. Das schafft eine militärisch höchst ungünstige Lage. Wenn es unter solchen ungeklärten Verhältnissen nötig werden sollte, die Armee auf Kriegsfuß zu setzen und für den Kampf bereit zu stellen, bliebe in der Tat nichts anderes übrig, als den Umständen durch Ausschleiden strategischer Reserven Rechnung zu tragen, die um so stärker sein müßten, je verwickelter und unklarer die politischen Verhältnisse, je stärker die Gegner wären, mit deren möglicher Teilnahme am Kampfe man zu rechnen hätte. Die strategische Reserve würde allerdings zu einer politischen werden. Eine Reihe von Schutzmaßnahmen, die auf alle Fälle geboten wären, müßten allerdings sofort angeordnet werden, die Masse des Heeres aber würde man erst dann in einer bestimmten Richtung einsehen können, wenn man die Gesamtlage klar zu übersehen und alle Notwendigkeiten zu berücksichtigen vermöchte. Bis zu diesem Zeitpunkt würde man die Truppen der strategischen Reserve je nach den Umständen in ihren Garnisonen lassen oder derart an den Eisenbahnlinien und Knotenpunkten versammeln müssen, daß sie in dem gegebenen Falle in der einen oder anderen Richtung befördert werden könnten. Das rollende Material der Bahnen müßte nach den gleichen Gesichtspunkten bereitgestellt, die für die verschiedenen möglichen Transportrichtungen notwendigen Fahrpläne müßten vorbereitet, die Verpflegung müßte in den verschiedenen möglichen Aufmarschrayons sichergestellt werden. Auch müßte man schon im Frieden auf den Bahnhöfen den verschiedenen politischen Gesichtspunkten gemäß die Ausladevorrichtungen sicherstellen. Jedenfalls wären wir zu einem abwartenden Verhalten, zur strategischen Defensiv verurteilt, die militärisch gerade unter heutigem Verhältnis ungünstig ist; wir würden eine Invasion des einen oder des anderen Feindes nicht zu verhindern vermögen.

Daß ein Krieg, der unter solchen Bedingungen begonnen werden müßte, keine günstigen Erfolgsaussichten gewähren kann, bedarf keines Beweises. Selbst die bravste Armee muß unterliegen, wenn sie unter allzu ungünstigen Bedingungen in den Kampf gegen erdrückende Uebermacht geführt wird; und eine militärische Prüfung der Verhältnisse ergibt, daß gerade bei den Massenarmeen der Neuzeit eine Kriegsführungsweise, wie sie hier auf der inneren Linie geboten wäre, die allergrößten Schwierigkeiten zu überwinden und mit den ungünstigsten operativen Bedingungen zu rechnen hat. Die Ungunst einer solchen Lage ist nur dann zu vermeiden, wenn die Politik die Möglichkeit schafft, offensiv zu verfahren und womöglich den einen

Gegner niederzuwerfen, bevor der andere tätig eingreifen kann. In dieser Initiative liegt unser Heil, wie zu den Zeiten Friedrichs des Großen. Dieser Wahrheit müssen wir hellen Auges ins Antlitz schauen dürfen, uns ihr nicht verfallen lassen.

Demgegenüber kann man allerdings einwenden, daß gerade der Angriff für uns ungünstige Verhältnisse herbeiführen würde, weil er die Bedingungen schafft, unter denen das russisch-französische Bündnis in Kraft träte. Griffen wir Frankreich oder Rußland an, so ist der Bundesgenosse zur Hilfeleistung gezwungen, wir aber befänden uns dann in sehr viel schlimmerer Lage, als wenn wir mit einem Gegner zu bekämpfen hätten. Aufgabe unserer Diplomatie ist es daher, die Karten so zu mischen, daß wir von Frankreich angegriffen würden, weil dann die Aussicht vorhanden wäre, daß Rußland vorläufig neutral bleiben würde. Dieser Gesichtspunkt ist zweifellos zu beachten; nur darf man nicht hoffen, diesen Angriff durch tatenloses Abwarten herbeizuführen. Weder Frankreich, noch Rußland, noch England haben es nötig, uns anzugreifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Solange wir vor dem Angriff zurückbleiben, können sie uns durch diplomatische Mittel unter ihren Willen zwingen, wie das ja auch der Ausgang der Marokko-Verhandlungen bewiesen hat. Wollen wir einen Angriff unserer Gegner herbeiführen, so müssen wir eine politische Aktion beginnen, die, ohne Frankreich anzugreifen, doch dessen oder Englands Interessen so schwer verletz, daß diese beiden Staaten sich ihrerseits zum Angriff gezwungen sehen. Möglichkeiten zu einem solchen Vorgehen bieten sich sowohl in Afrika wie in Europa selbst, und wer die vorstehenden politischen Erörterungen aufmerksam gelesen hat, wird sich unschwer von ihnen Rechenschaft geben können.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung wird ja allerdings vielfach die Ansicht vertreten, wir sollten ruhig abwarten und die Zeit für uns kämpfen lassen, das uns durch die Macht der Tatsachen vieles in den Schoß fallen würde, um das wir jetzt schwer ringen müssen. Leider vergessen solche Politiker stets, klar und bestimmt anzugeben, welche Tatsachen denn eigentlich zu unsern Gunsten wirken und welche Vorteile uns dadurch zuzuflehen werden. Solche politische Weisheit ist nicht ernst zu nehmen, da sie nirgends festen Boden unter den Füßen hat. Wir müssen vielmehr mit den bestimmt gegebenen Verhältnissen rechnen und uns bewußt bleiben, daß Latenz und Gehenslassen nie zu großen Erfolgen geführt haben. Der General betrachtet dann die internationale Lage näher, sagt aber zur Beruhigung der Deutschen: „Der Geist aber, der die Truppe besetzt, die Angriffsfreudigkeit, Latenz und Pflichttreue, die in ihr herrschen, berechtigen zu den höchsten Erwartungen. Ich bin überzeugt: wenn sie demnächst zu den Waffen gerufen werden sollte, werden ihre Leistungen die Welt in Erstaunen setzen, falls sie nur einigermaßen gut und entschlossen geführt wird. Auch das deutsche Volk wird sich — das bin ich ebenso gewiß — auf der Höhe seiner Aufgabe finden. Es ruht in seiner Seele eine gewaltige Kraft, die nur des Erntedankes harret. Wer es heute versteht, den schlummernden Idealismus dieses Volkes wachzurufen, dem Auge der Nation große und klare erkennbare Ziele zu zeigen, die der Begeisterung wert sind: er würde dieses Volk in vereinigter Kraft zu den größten Anstrengungen und Opfern fortzureißen vermögen und wahrhaft Großes erreichen können.“

Das ist auch unsere Auffassung und unsere Anschauung. Unsere Verteidigung ruht in guten Händen. Das deutsche Volk führt sie mit seinen 6 Millionen Soldaten, und darin ist es unbeflegbar.

Politische Rundschau.

Dresden, den 29. Februar 1912.

— **Preussisches Abgeordnetenhaus.** Es wird die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“. Abgeordneter Jellisch (R.) tritt für gute Vorbildung der Baugewerkschullehrer ein. Die Abgeordneten Siemsa (Ztr.) und Ministerialdirektor Reubaus stimmen ihm bei. Abgeordneter Gronowski (Ztr.) und Dr. Glattfalter wünschen den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen, wogegen Liebnecht (Soz.) und Strich (Soz.) protestieren. Der Titel Zuschüsse zur Einrichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen wird bewilligt.

— **Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika.** Am Donnerstag fand die übliche Februarversammlung des Aufsichtsrates statt, in der u. a. auch die Semestralbilanz für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1911 zur Vorlage gelangte. Die Bilanz läßt, wie offiziell mitgeteilt wird, bei „reichlichen Rückstellungen“ infolge des Rückganges des Diamantenbooms und der ungünstigen allgemeinen Lage im Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika eine Dividende von 35 Prozent (i. B. 50 Prozent) erwarten. Die Anteile der Kolonialgesellschaft erfuhren demgemäß einen Kursrückgang. Anfangs stellte sich der Kurs auf 565 Prozent Geld, 575 Prozent Brief und sank später auf 530 Prozent bis 540 Prozent Geld, 550 Prozent Brief. Unter dem Dornburgischen Spekulationsfieber stiegen sie bis auf 2.200. Da-

mals verdiente man in Berlin das „Seidengeld“, das jetzt die Provinz verliert.

— **Vorbereitungen für die Präsidentenwahl.** In der nationalliberalen Partei wird trotz aller Beruhigungspulver die Gärung immer stärker. Ein kleines Nachspiel hatte die Präsidentenwahl auch für den nationalliberalen Abgeordneten Schulenburg. Er ist nämlich 1. Vorsitzender des Kreisriegerverbandes Zeitz. Als bekannt wurde, daß auch Schulenburg bei der Präsidentenwahl dem sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann seine Stimme gegeben hatte, erschien in der Tagespresse ein „Mehrere alte Krieger“ unterzeichnetes Eingekandt, worin ihm dies zum Vorwurf gemacht wurde. Bei der Neuwahl des Verbandsvorstandes kam es aus diesem Anlaß zu hitzigen Auftritten. Abgeordneter Schulenburg erklärte, das Eingekandt veranlasse ihn, auf eine Wiederwahl zu verzichten, falls die Verbandsvertreter auf dem gleichen Standpunkte ständen. Demgegenüber erklärte der Verbandsvertreter Diekmann, es sei nicht zu begreifen, wie ein Reservistoffizier einen Sozialdemokraten wählen könne, wenn man von den Vereinskameraden fordere, daß sie dies unterlassen. Es entspann sich eine erregte Auseinandersetzung. Nach einstündiger Debatte wurde die Neuwahl mit Stimmentzettel vorgenommen. Abgeordneter Schulenburg wurde mit 63 Stimmen wiedergewählt; sein Gegenkandidat Baron v. Bodum-Dolffer erhielt 35 Stimmen. Abgeordneter Schulenburg nahm die Wiederwahl an.

— **Die „Kölnische Zeitung“** plädiert für ein Präsidium in der Besetzung: Volkspartei-Zentrum-Nationalliberale, welche Kombination ihrer Meinung nach „der Wehrereibildung wohl am besten entspräche“. Ob aber das Zentrum hier mitmacht, ist fraglich. Was die „Köln. Ztg.“ bewirkt, Hinüberjammeln der Nationalliberalen zum schwarz-blauen Block, das scheint das Ideal des mit Zentrumsgläubigen gewählten Abg. Hugo Böttger zu sein. Dieser wünscht, daß das gegenwärtige Präsidium nicht wiedergewählt werde: „Soll bei der Rechten des Hauses der Gedanke gelebt haben, daß ein reines Linkspräsidium die Geschäfte nicht zur Zufriedenheit des Parlaments und des Volkes führen könne, so muß dieser Gedanke doch jetzt entschieden aufgegeben werden. Die Sache geht und bedeutet, auf die Dauer beibehalten, einen Sieg der radikalen, aber arbeitswilligen Linken über eine von der Desperadopolitik zur Hilflosigkeit verdamnten Rechten. Für die weitere Entwicklung unserer inneren Politik und der Parteiverhältnisse sollte dies Faktum nicht unbeachtet bleiben.“

Es liegen genügend Anzeichen vor, die bekunden, daß die Nationalliberalen sich mit dem Zentrum zu verständigen suchen.

— **Der Reichstagsabgeordnete Graf Oppersdorff** hatte den Chefredakteur Mentz von der „Augsburger Postzeitung“ verklagt, weil diese in einem Artikel: „Von den Feinden nie besiegt, aber von den Freunden verlassen“ in Nr. 122 gesagt hatte, Graf Oppersdorff falle dem Zentrum in den Rücken und es werde auch einmal die Stunde anbrechen, in der die gesamte Zentrumswählerschaft diese freventlichen Quertreiber in seiner ganzen Gemeingefährlichkeit durchschauen werde. Nach vierstündiger Verhandlung, in welcher der Angeklagte den Beweis für seine Behauptungen antrat, wurde Chefredakteur Mentz freigesprochen und die Klage kostenlos abgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Ausdruck, Graf Oppersdorff falle der Partei in den Rücken, enthalte wohl eine objektive Beleidigung, es fehle ihr jedoch das belastende subjektive Moment. Die Behauptung, Graf Oppersdorff spiele den Demokraten, sei weder eine objektive noch eine subjektive Beleidigung. Daß sich der Privatkläger Graf Oppersdorff tatsächlich Quertreiber innerhalb der eigenen Partei zuschulden kommen ließ, sei durch den Gang der Verhandlung erwiesen. Bei den Zusatzbezeichnungen wie „freventlich“ und „gemeingefährlich“ wurde gleichfalls das Fehlen des subjektiven Moments zur Beleidigung als festgestellt erachtet. Der Privatbeklagte hat, wie selbst die klägerische Partei zugab, in gutem Glauben und lauterer Absicht gehandelt. Das Gericht stellte sich im wesentlichen auf die Grundlagen, die der Vertreter des Privatbeklagten, Justizrat Reiser, und der Privatbeklagte kennzeichneten.

— **Wem nützt die Aufhebung des Kartoffelzölles?** Die Antwort gibt uns die streng liberale „Köln. Zeitg.“ in folgenden Worten:

„Die Kartoffeln einführenden ausländischen Firmen glauben aus dem Wegfalle des Zölles ein Sondergeschäft machen zu dürfen, indem sie den Preis für den Doppelzentner um den erlassenen Zoll erhöhen. Vor dem Beschlusse des Bundesrates waren z. B. holländische Eigenheime Kartoffeln zu 2,87½ bis 2,90 Gulden für den Zentner käuflich. Seit der erwähnten Reichstagsfassung erhöhen die Holländer beständig die Preise. Am Donnerstag mußte man ihnen 3,20 und am Freitag schon 3,40 Gulden bewilligen. Der Zollnachschuß soll also ausschließlich den ausländischen Einfuhrfirmen zugute kommen; die deutschen Verbraucher sollen das Nachsehen haben. Das war nicht der Zweck der Uebung, und wir erwarten, daß unsere Händler Mittel finden, um diesen Mißbrauch zu verhüten.“